

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Verantwortlichen für die Richtigkeit der Druckarbeiten entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 20 Pf.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Die Verlagsredaktion. Druck: Die Verlagsredaktion. Druck: Die Verlagsredaktion.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt-Konto Auer Leipzig Nr. 100

Nr. 158

Sonnabend, den 10. Juli 1926

21. Jahrgang

Polens Kolonisationspolitik.

Entrechtung der deutschen Ansiedler.

Warschau, 8. Juli. Die deutsche Fraktion des Sejm hat eine Abordnung nach Posen entsandt, um die zahlreichen Klagen zu untersuchen, die von den dortigen deutschen Kolonisten eingegangen sind. Die Kommission hat folgende erschütternde Tatsachen festgestellt: Vor ungefähr 50 Jahren wurden viele Deutsche nach Posen berufen und dort auf Pachtland angesiedelt. Sie haben die sunnpflege und walbige Gegend in jahrelanger mühevoller Arbeit zu einem Ackerland umgestaltet. Nun kam im Jahre 1924 ein Gesetz zustande, nach dem die Pächter unter gewissen Bedingungen die Pacht und Pensionsrechte ankaufen konnten. Zum Ankauf berechtigt waren aber nur solche Pächter,

die das polnische Staatsbürgerrecht besaßen. Der deutschfeindliche frühere Vizeminister Szulc hatte nun eine Verfügung erlassen, wonach die polnische Staatszugehörigkeit von Bedingungen abhängig gemacht wird. Eine dieser Bedingungen ist, daß der Pächter Polen nicht länger als auf die Dauer eines Jahres verlassen darf.

Während des Weltkrieges aber wurden die deutschen Ansiedler von russischer Seite als Verräter verurteilt, ihr Land wurde vollständig verwüstet, die Gebäude eingedöhrt und sie selbst

in das Innere Rußlands verschleppt von wo sie erst mehrere Jahre nach Beendigung des Krieges zurückkehren konnten. Die polnischen Behörden

nutzten dieses Unglück aus und behaupteten, daß diese Deutschen länger als ein Jahr den Aufenthalt in Polen unterbrochen hätten. Sie sprachen ihnen daher das Recht ab, weiter auf ihren Ländereien zu bleiben, und nahmen die Vertreibung von Tausenden von deutschen Pächtern rücksichtslos vor.

Es trifft dies die Pächter um so schwerer, als sie nach ihrer Rückkehr unter den größten Entbehrungen das verwüstete Land und die Baulichkeiten wieder in musterhaften Zustand gebracht haben. Nach den Schilderungen einwandfreier polnischer Beobachter unterscheiden sich die deutschen Ansiedlungen durch ihre Sorgfalt und die Höhe ihrer Kultur bei weitem von den übrigen Ländereien Polens. Jrgend welche Ansprüche vor Gericht haben keinerlei Aussicht auf Erfolg und die Gerichtsvollzieher gehen rücksichtslos vor.

Man verschleudert die Gebäude und das Inventar, ja sogar die Kleider

und rechnet den Erlös auf die sogenannten Exekutionskosten an, so daß die deutschen Kolonisten ohne jegliche Mittel hinausgestoßen werden. In den letzten Tagen sollen wieder Kolonisten zwangsweise emigriert worden sein, und zwar: Kasanen 24 Familien, Bistrowitz 7 Familien, Adamonka 21 Familien (diese Kolonie soll für dieses Verfahren noch 25 000 Bloch Gerichtskosten bezahlen), Bogumilow 15 Familien, Oluta 84 Familien.

Frage ist, sollen für den Antrag deshalb gestimmt haben, weil das Kabinat zum mindesten aus Wünchen vor dem Volksbegehren einen Aufruf veröffentlicht hat, der sich gegen die Fürstentelgung wendete.

Verkauf amerikanischer Schiffe.

London, 9. Juli. Wie die Blätter aus New York melden werden im Laufe dieses Monats 19 Schiffe von insgesamt 239 000 Tonnen im Werte von etwa fünf Millionen Pfund zum Verkauf angeboten werden, darunter der „Devilfish“ (ehemals der deutsche Dampfer „Waterland“). Dies würde den ersten bestimmten Schritt der Washingtoner Regierung darstellen, sich von dem Schiffsfahrtsbetrieb zurückzuziehen. Angebote können nur von amerikanischen Privatgesellschaften abgegeben werden.

Der Finanzplan Cailaux' fertiggestellt.

Paris, 8. Juli. Finanzminister Cailaux hat nunmehr seine Finanzpläne fertiggestellt. Die Entwürfe sind sehr kurz und enthalten nur eine kleine Anzahl von Artikeln. Sobald die Regierung von der Kammer das Vertrauensvotum erhalten haben wird, will Cailaux die schnelle Beratung seiner Finanzpläne von der Kammer fordern. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wird den Gegenstand eines besonderen Gesetzentwurfes bilden.

Die französischen Sozialisten fordern eine Vermögensabgabe.

Paris, 8. Juli. Die sozialistischen Abgeordneten Blum und Aurioi haben heute eine Tagesordnung eingebracht, für die sie die Priorität am Schluß der Interpellationen verlangen. Die Tagesordnung schlägt vor, das finanzielle Gleichgewicht durch ein Notopfer vermittle einer Vermögensabgabe wiederherzustellen.

Englische Befürchtungen wegen einer Bedrohung Englands durch Rußland.

Kalkutta, 8. Juli. Oberst Saunders, der Direktor der militärischen Operationen, erklärte in einem Vortrag über die Verteidigung unter besonderer Berücksichtigung der russischen Bedrohung, daß die jüngste Geschichte gezeigt habe, daß durch Afghanistan die beste Vormarschlinie nach Indien führe. Der Hauptdruck Sowjetrußlands nach Indien sei von dieser Richtung gekommen, weswegen er der Ansicht sei, daß es zu einem Krieges noch in der gegenwärtigen Generation kommen müsse, wenn Sowjetrußland seine derzeitige Politik fortsetze.

Achtstundentag in England.

London, 8. Juli. Das Achtstundearbeitsgesetz wurde in dritter Lesung vom Oberhause angenommen und erhielt die königliche Bestätigung.

Deutschlands Kriegsoffer.

Die Volk. Stg. bringt folgende interessante Zusammenfassung der deutschen Opfer nach einer Statistik des Reichsarchivs:

Fast acht Jahre sind seit Kriegsende verfloßen und über den Widen der Nachkriegszeit, den Inflations- und Stabilisierungszeiten scheint die Erinnerung an die Kriegsoffer schon etwas verblaßt. Man hat versucht, die Invaliden des Weltkrieges durch stündlich zusammenwirkende Einrichtungen der Berufsausbildung, Umschulung und Arbeitsvermittlung zu meist in Berufen unterzubringen, die ihnen die bestmögliche Ausnutzung der ihnen verbliebenen Arbeitskraft ermöglichen. Gleichwohl ist die Zahl der Kriegsbeschädigten, die vom Reich Versorgungsrenten beziehen, noch immer sehr groß. Eine Erhebung, die im Jahre 1924 vom Statistischen Reichsamt und dem Reichsarbeitsministerium durchgeführt worden ist, hat über ihren Zustand, ihre Zusammensetzung und ihre bisherigen Schicksale außerordentlich interessante Aufschlüsse gebracht.

Von den 14 Millionen Kriegsbeschädigten, die im Jahre 1920 vorhanden waren, erhalten gegenwärtig noch 668 726 Versorgungsgebühren. Ein Beschädigter muß gegenwärtig unter einer Minderung seiner Erwerbsfähigkeit von mindestens 25 v. H. leiden, um eine Rente zu erhalten. Ist er mindestens 50 v. H. erwerbsbeschränkt, so gilt er als Schwerbeschädigter und hat als solcher Anspruch auf besondere Vergünstigungen, namentlich bei der Unterbringung in Arbeit. Erfreulicherweise überwiegen bei den Kriegsbeschädigten die Leichtbeschädigten unter 50 v. H.

Es waren in der Erwerbsfähigkeit gemindert:

| | | |
|-------------|-----------|--------------|
| um 30 v. H. | = 257 989 | = 38,9 v. H. |
| 40 | = 112 436 | = 16,9 |
| 50 | = 123 513 | = 18,6 |
| 60 | = 68 899 | = 9,8 |
| 70 | = 48 162 | = 7,8 |
| 80 | = 28 942 | = 4,8 |
| 90 | = 4 786 | = 0,7 |
| mehr als 90 | = 28 089 | = 4,2 |

Blinde gibt es unter den Kriegsbeschädigten 2784. Von ihnen waren 12 dazu geisteskrank, 27 hatten noch den Verlust eines Beines, 41 den Verlust eines Armes zu beklagen, während 10 der Unglücklichen beide Beine verloren hatten. Durch Zuzählung der höchsten Rente und Gewährung besonderer Pflegezulagen wird für die Blinden gesorgt.

Ueberraschend hoch ist die Zahl von 89 590 Lungen- und Tuberkulosen. Zu dieser hohen Zahl sei bemerkt, daß auch eine durch den Kriegsdienst herbeigeführte Verschlimmerung eines bereits vorhanden gewesenen Lungenleidens einen Rentenanspruch begründet.

Einer nochmaligen ärztlichen Nachprüfung dürfte die Zahl von 5000 Geisteskranken bedürfen. Denn wenn sich nach der Erhebung unter ihnen fast 1000 Beschädigte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit bis zu 50 v. H. befinden, so liegt die Vermutung nahe, daß auch leichtere Nerven- und Gemütsstörungen als Geisteskrankheit gerechnet worden sind.

Die Zahl der Kriegsbeschädigten, die ein Bein oder einen Fuß verloren haben, ist mit 44 567 etwas mehr als doppelt so hoch als die Zahl der Arm- und Handamputierten. Die durch die Amputation verursachte durchschnittliche Minderung der Erwerbsfähigkeit ist bei beiden Gruppen fast die gleiche (87 v. H.). Die Unterbringung in Arbeit hat bei den Arm- und Beinamputierten dank der hohen Entwicklung der deutschen Prothesentechnik und Orthopädiemechanik im allgemeinen recht günstige Erfolge aufzuweisen gehabt. Für die 1250 Doppelbein- und Fußamputierten und die 186, die beide Arme oder Hände verloren haben, kommt eine Berufstätigkeit nur in ziemlich seltenen Fällen in Frage. Ihre Lage wird wie die der Blinden durch besondere Pflegezulagen zu erleichtern gesucht.

Sehr erfreulich ist die Feststellung, daß selbst schwere Beschädigungen für die Invaliden kein Hindernis gewesen sind, eine Lebensgefährtin zu finden. Im Gegenteil! Von den Schwerbeschädigten waren etwa 75 v. H. verheiratet. Von 100 Blinden hatten 78 eine Frau, während es bei den Lungentuberkulosen 78 und bei den Doppelamputierten 67 waren. Das Vertrauen der Frauen zu den Schwerbeschädigten hat sich als gerechtfertigt erwiesen; sie sind in der überwiegenden Mehrzahl durchaus imstande gewesen, eine Familie zu ernähren. Von den 293 000 Schwerbeschädigten sind selbst bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nur etwa 18 000, obwohl erwerbsfähig, ohne Arbeit.

Die häufig geübte Auffassung, daß die Zahl der Kriegsbeschädigten ständig im Rückgang begriffen sei, hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Im Gegenteil! Seit 1924 ein Zugang von 17 000 bis 18 000 Mann zu verzeichnen, der sich wohl daraus erklärt, daß bei der gegenwärtigen ungünstigen Wirtschaftslage auch Rentenansprüche erhoben werden, auf deren Verfolgung bisher verzichtet wurde. Legt man die allgemeine Sterblichkeitsziffern zugrunde, so würden wir 1930 noch 885 000, 1940 noch 608 000 und 1945 noch 550 000 rentenberechtigten Kriegsbeschädigten haben.

Die statistischen Erhebungen haben sich auch auf die versorgungsberechtigten Kriegshinterbliebenen erstreckt. Man hat im Oktober 1924 365 000 Kriegserwitwen, 362 000 Halbwaisen, 65 000 Vollwaisen festgestellt. Die Zahl der Kriegserwitwen hat sich seit Kriegsende stark verringert, und zwar aus einem recht erfreulichen Grunde: rund 200 000 dürften sich wieder verheiratet haben. Für die Versorgung und Fürsorge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen

Die Regierungsbildung in Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 8. Juli. Der Landtag wählte in seiner heutigen Sitzung die neue Regierung. Im ersten Wahlgang wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Schröder-Kostof mit 25 von 49 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 24 Stimmen entfielen auf den Abg. Freiherrn von Brandenstein (Deutschnational). Im zweiten Wahlgang wurden nur 30 Stimmzettel abgegeben, die Deutschnationalen, die Sozialisten und zwei Wirtschaftsparteiler enthielten sich der Stimme. Es entfielen auf den Abg. W. H. (Soz.) 24 und auf den Abg. Woltmann (Soz.) 1 Stimme, 5 Stimmzettel blieben unbeschrieben. Abgeordneter W. H. war somit zum Staatsminister gewählt. Im zweiten Wahlgang entfielen von den abgegebenen 30 Stimmen auf den Abg. Dr. Möller (Dem.) 23 Stimmen, zwei Stimmen auf den Abg. Woltmann (Soz.) 5 Stimmzettel waren unbeschrieben. Dr. Möller ist somit zum Staatsminister gewählt.

Deutsche Firmen sollen Falschgeld drucken.

Den Blättern zufolge sind in der letzten Zeit aus verschiedenen Teilen der Welt, so aus Afrika, Indien und Australien, bei deutschen Druck- und Kunstverlagen Aufforderungen eingelaufen, falsche Banknoten des jeweiligen Landes herzustellen. Die Firmen übergaben die Briefe der Falschgeldabteilung der Reichsbank, die die englischen Behörden in Kenntnis setzte. Die englische Botschaft hat den deutschen Firmen Dank und Anerkennung für die sofortige Anzeige ausgesprochen und jeder Firma 50 Pfund überweisen lassen.

Zusammenstoß von zwei bayerischen Abgeordneten.

München, 8. Juli. In den Wandelgängen des Bayerischen Landtages trat heute vormittag der sozialdemokratische Abgeordnete Gerhard Bauer auf den nationalsozialistischen Abgeordneten Streicher zu und verfecht ihm mehrere Ohrfeigen. Der Grund dazu dürfte darin zu suchen sein, daß sich Bauer durch Angriffe in einem Artikel des „Fürmer“ beleidigt gefühlt hat.

Bayerens Feldzug gegen loscheses Fleisch.

München, 8. Juli. Das Landtagsplenum hat heute einen Antrag angenommen, der einem Schädlingsbekämpfungsgesetz entspricht. Es wurde gegen die Stimmen der bayerischen Volkspartei und der Freien Vereinigung beschlossen, daß gesetzliche Anordnungen erlassen werden, nach denen vor Beginn der Blutentziehung die Schächtere durch mechanisch wirkende Vorrichtungen betäubt werden müssen. Da der orthodoxe Ritus Tiere als nicht geschlachtet ansieht, wenn sie durch die Form der Schlachtung eine wenn auch noch so unbedeutende Gehirnverletzung erlitten haben, die jene mechanische Betäubung aber nach der Meinung der Rabbiner nach sich ziehen muß, würde loscheses Fleisch in Bayern nicht mehr zu haben sein. Borausichtlich wird dieser Beschluß allerdings nicht Befolg werden können, weil die Angelegenheit der Reichszuständigkeit unterliegt. Die Sozialdemokraten, für die die Sache keine prinzipielle